



J. W. Stalin an die Rote Armee

Tugenbefehl des Volkskommissars für die Verteidigung der UdSSR - Nr. 8

Moskau, 23. Februar (TASS). Genossen, Soldaten der Roten Armee und Roten Marine, Sergeanten, Offiziere und Generale!

Wir feiern heute den 28. Jahrestag des Bestehens der Roten Armee. Die Rote Armee versammelt sich am 28. Jahrestag auf der Höhe ihrer Kraft, von Ruhm umkränzt mit den Siegen ihrer deutschen und japanischen Imperialisten. Aus dem langen und harten Krieg ging die Rote Armee als ein erstklassiges Heer hervor, das durch hohe moralische Kampfeigenschaften ausgezeichnet ist, das eine vollständig moderne Bewaffnung besitzt, höchstschwere und stählerne Kommandeure hat. Im Kriege gegen die faschistischen Eindringlinge erwies die Rote Armee sich der großen Aufgaben gewachsen, erwies sie sich als loyal und zuverlässiger Verteidiger der Interessen des Sowjetvolkes. Unsere Soldaten, Offiziere und Generale rechtfertigten das Vertrauen des Volkes und erfüllten mit Ehre ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland. Das Sowjetvolk sah mit eigenen Augen, daß es sich sicher auf die Rote Armee verlassen kann.

Alle Völker unseres Landes sind mit Recht auf ihre Armee und auf ihre Siege stolz und ehren das geherrliche Andenken an die Helden, die in den Kämpfen für das Vaterland den Tod fanden. Wir verdanken die hervorragenden Siege der Roten Armee in erster Linie der Tatsache, daß sie ein wahres Volkshier ist und die Interessen ihres Volkes verteidigte. Das Sowjetvolk liebt seine Armee aus ganzem Herzen und befähigt sich beständig mit der Verstärkung ihrer Macht. Diese Zugehörigkeit wurde besonders in den harten Jahren des großen vaterländischen Krieges offenbar. Unser ganzes Volk hat unaufhörlich Tag und Nacht für die Front und für den Sieg gearbeitet. Ohne die selbstlose Arbeit der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, ohne ihre materielle und moralische Unterstützung wäre die Rote Armee nicht in der Lage gewesen, den Feind zu besiegen. Die Siege der Roten Armee sind ferner der Tatsache zu verdanken, daß gerade die Kommunistische Partei sich der Armee widmete und sie erzog.

Dem Vermächtnis des großen Lenin folgend, verwandelte das Sowjetvolk unter Führung der Kommunistischen Partei unser Vaterland von einem rückständigen in ein modernes, von einem landwirtschaftlichen in ein industrielles Land. Auf diese Weise wurden alle notwendigen materiellen Möglichkeiten für den erfolgreichen Kampf der Roten Armee mit dem Feinde geschaffen. In den Jahren des großen vaterländischen Krieges verwandelte die Kommunistische Partei unser Land in ein Militärlager, in dem alle Anstrengungen des Volkes und der Armee auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet waren — die Vernichtung des Feindes. Die Kommunistische Partei erklärte den Sowjetsoldaten die Bedeutung und die Ziele des Krieges, pflegte ihre Liebe zum Vaterland, verstärkte ihren Kampfeifer und schärfte ihnen Furchtlosigkeit und Disziplin an. Dies war die wichtige Vorbereitung für unseren Sieg.

Nachdem der Krieg mit dem Sieg über die Feinde endete, trat die Sowjetunion in eine neue friedliche Periode ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ein. Gegenwärtig sieht sich das Sowjetvolk der Aufgabe gegenüber, von ihm erworbene Stellung zu festigen und weiter einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu streben. Wir können uns nicht nur auf die Festigung dieser Stellungen beschränken, denn das würde als Ergebnis zu einem Stillstand führen — wir müssen weiter vorwärts schreiten, um Bedingungen für ein neues Anwachsen der Nationalwirtschaft zu schaffen. Innerhalb kürzester Frist müssen wir die uns durch den Feind

verursachten Wunden unseres Landes heilen und den Vorkriegsstand der Entwicklung der Nationalwirtschaft wieder erlangen, um diesen Stand zum frühestmöglichen Zeitpunkt beträchtlich zu erhöhen, um die materielle Wohlfahrt unseres Volkes und noch mehr die militärische und wirtschaftliche Macht des Sowjetstaates zu heben. Unter neuen Bedingungen muß die Rote Armee wachsam die friedliche und schöpferische Arbeit des Sowjetvolkes hehüten, zuverlässig die Staatsinteressen der Sowjetunion sichern und dazu beitragen, daß unser Vaterland für jeden Feind unangreifbar wird.

Während des Krieges war es die Hauptaufgabe der Soldaten, Offiziere und Generale der Roten Armee, den Sieg zu erringen, klug ihre Kräfte und Kenntnisse zu verwenden, um die äußerste Vernichtung des Feindes zu erreichen. In Friedenszeiten ist die erste Aufgabe aller Soldaten, Offiziere und Generale ohne Ausnahme, beständig ihre militärischen und politischen Kenntnisse zu erweitern. Alle Rotarmisten und Sergeanten müssen unermüdlich die Kriegskunst studieren, ihre Waffen kennen und fehlerlos ihre Pflichten erfüllen. Von den Offizieren wird jetzt wie niemals vorher verlangt, daß sie wissen, wie sie wirksamst ihre Untergebenen ausbilden und erziehen. In den Jahren des Krieges haben die Offiziere und Generale der Roten Armee wirksam die Kunst der Führung von Truppen auf dem Schlachtfeld gemeistert. Jetzt müssen alle Offiziere und Generale bis zur Vollkommenheit die Kunst der Ausbildung und Erziehung der Truppen unter den Bedingungen der Friedenszeit beherrschen. Der große vaterländische Krieg führte viele Neuerungen in der Kriegskunst ein. Die Erfahrung der klugen Verwendung der Erfahrungen, des vergangenen Krieges beruhen. Diese Erfahrung sollte auch gründlich für die theoretische Erziehung der Offiziereinheiten und für die weiteren Fortschritte der sowjetischen Militärwissenschaft verwendet werden. Man soll sich daran erinnern, daß die Kriegskunst schnelle und beständige Fortschritte macht. Die Rote Armee muß nicht nur mit den Fortschritten

der Kriegskunst Schritt halten, sondern sie auch selbst fördern.

Die Rote Armee ist mit erstklassiger Ausrüstung versehen, die die Grundlage ihrer Kampfkraft bildet. Die Aufgabe ist, diese Ausrüstung bis zur Vollendung zu kennen, sie sinnvoll anzuwenden und sie wie den eigenen Apparat zu hüten. Die Erfolge bei der Ausbildung und Erziehung der Truppen sind ohne feste Disziplin und strenge militärische Ordnung undenkbar, die aufrechtzuerhalten die oberste Pflicht des gesamten Heerespersonals ist. In erster Linie müssen die Kommandeure einschließlich der Feldwebel und Sergeanten als die engsten und unmittelbaren Vorgesetzten und Lehrer der Rotarmisten beständig Disziplin und Ordnung aufrechterhalten. Die Soldaten, Offiziere und Generale der Roten Armee haben dem Volk und Vaterland große Dienste geleistet. Dies darf indessen nicht in Einbildung und Selbstgefälligkeit ausarten. Sich nicht selbst Verdienste zu rühmen, beständig auf seinem Posten tätig zu sein, all seine Kraft und Kenntnis zum Besten der Roten Armee beizutragen — das wird von jedem Sowjetsoldaten gefordert.

Genossen, Soldaten der Roten Armee und Marine, Sergeanten, Offiziere und Generale! Im Namen der Sowjetregierung und unserer Kommunistischen Partei begrüße und gratuliere ich euch zum 28. Jahrestag der Roten Armee. Um den Tag der Roten Armee zu feiern, befehle ich hiermit folgendes:

Heute, am 23. Februar, wird in der Hauptstadt unseres Vaterlandes — Moskau —, in den Hauptstädten der Unionsrepubliken und in dem heldenhafte Süden — Leningrad, Stalinsk, Sewastopol und Odesa — ein Salut von 20 Geschützsalven geschossen.

- Lang lebe unsere siegreiche Rote Armee!
- Lang lebe unsere siegreiche Marine!
- Lang lebe unsere glorreiche kommunistische Partei!
- Lang lebe das große Sowjet-Volk!
- Lang lebe unser mächtiges Vaterland!

Der Volkskommissar für die Verteidigung der UdSSR Generalissimus Stalin.

Das Sowjet-Land feierte seine Armee

Moskau (SNB). Das Sowjet-Land feiert den 28. Jahrestag der Roten Armee. Der Befehl des Generalissimus Stalin zum Tag der Roten Armee wurde von den Angehörigen der Roten Armee mit größter Begeisterung begrüßt. Auf Kundgebungen und Versammlungen gaben Rotarmisten, Offiziere und Generale, in Ehren ihre Pflicht zu erfüllen und die neuen Aufgaben zu verwirklichen, vor denen die Streitkräfte der Sowjet-Union in der friedlichen Aufbauperiode stehen.

SPD in der französischen Zone

Mainz (SNB). Nachdem die Kommunistische Partei in der französischen Zone kürzlich ihre Arbeit wieder aufgenommen hat, erhielt jetzt, wie der amerikanische Nachrichtendienst meldet, auch die Sozialdemokratische Partei die Genehmigung, sich politisch zu betätigen. Die Landesleitung der Partei hat ihren Sitz in Neustadt an der Haardt.

214. Geburtstag G. Washingtons

Neuyork (SNB). Wie der amerikanische Rundfunk meldet, feierte das amerikanische Volk den 214. Geburtstag George Washingtons, des ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten. In den meisten Betrieben des Landes herrschte Arbeitsruhe.

In Neuyork begannen die Feiern mit einem Bankett des Verbandes der Freundschaft mit der Sowjetunion, das gleichzeitig auch den Jahrestag der Roten Armee feierte. Es sprach General Smith, der neuernannte amerikanische Botschafter in Moskau. Nichts ist erklärter, für die Welt sowie die beiden Nationen wichtiger als eine feste Grundlage des Verständnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Der Militär-Attaché der Sowjetbotschaft in Washington betonte in seiner Ansprache: Der Krieg habe bewiesen, wie wichtig die Zusammenarbeit der großen Mächte sei. Diese Zusammenarbeit müsse auch im Frieden erhalten werden.

Der Handelsminister Wallace schreibt in einer Botschaft: Ich kenne nichts wichtigeres für den zukünftigen Wohlstand der Menschheit als die Schaffung einer gesunden Grundlage für eine ständige Freundschaft zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten.

In einer Botschaft des Senators Pepper heißt es: „Diejenigen, denen die Geschichte der unerschütterlichen Freundschaft zwischen der UdSSR und den USA bekannt ist, kennen unsere Kameradschaft während der Prüfungen des Krieges, die unwiderlegbare Logik unserer Einvernehmens und unserer Zusammenarbeit, sie wissen auch, daß die USA und die UdSSR Freunde bleiben müssen und bleiben werden.“

Kriegsgefangene in Aegypten

Kairo (TASS). Die Zeitschrift „Al Basa“ hat einen Artikel veröffentlicht, in dem es heißt: „Die britischen Behörden fahren damit fort, neue Mengen von Kriegsgefangenen nach Aegypten zu bringen. Eine Viertelmillion Kriegsgefangener, das sind dreimal so viel wie während des Krieges, befinden sich jetzt in Aegypten.“ Der Zeitschrift zufolge arschwert eine derartige Masse von Kriegsgefangenen im Lande ernsthaft das Ernährungsproblem.

Ueber die Rechtslage der Umsiedler

Der „Täglichen Rundschau“ entnehmen wir das nachstehende Auszug, der sich mit dem so zeitgemäßen Frage der Umsiedler befaßt, insbesondere mit dem für den Wiederaufbau Deutschlands lebenswichtigen Problem der Bodenrestellung an Umsiedler auf Grund der Bodenreform.

Wenn gegenwärtig die Frage über die Rechtslage der Umsiedler aufgeworfen wird, so geschieht dies nicht deshalb, weil auf dem Gebiete der Unterbringung der Umsiedler wenig geleistet wurde, sondern weil es jetzt an der Zeit ist, vollkommen offen über die Mängel zu sprechen, die man in einer Reihe von Fällen bei der Arbeitsbeschaffung für die Umsiedler und deren Unterbringung beobachten kann.

Der grundlegende und hauptsächlichste Mangel in der Behandlung der Umsiedler liegt darin, daß man sie immer noch als „Flüchtlinge“ ansieht, obgleich es sich nicht um Flüchtlinge handelt, deren es tatsächlich Millionen während des Krieges gab — Flüchtlinge, die die den Luftangriffen ausgesetzten und brennenden Städte verließen, um irgendwo in einem Dorf zeitweilig untergebracht zu werden —, sondern um Hunderttausende von Menschen, die auf Beschluß der Kontrollorgane planmäßig in das Gebiet Deutschlands innerhalb seiner heutigen Grenzen umgesiedelt werden mußten.

Die Behandlung der Umsiedler als „Flüchtlinge“ läßt eine gewisse Ungleichheit der Rechte zwischen der ortsansässigen Bevölkerung dieser oder jener Provinz und den Umsiedelten, die dort entsprechend den Umsiedlungsmaßnahmen angesiedelt werden, voraussetzen. Es wurde bisher eine Reihe von Fällen beobachtet, wobei gewisse örtliche Behörden und auch die ortsansässige Bevölkerung bereit waren, materielle Mittel im Rahmen verschiedener Wohltätigkeitsmaßnahmen für diese neuen Bewohner zu opfern, sich aber weigern, diese als vollberechtigten Mitglieder der in Betracht kommenden Gemeinde anzuerkennen, und die Rechte der Umsiedler schmälern.

In einigen Provinzen übersteigt die Anzahl der Umsiedler die Anzahl der ortsansässigen Bevölkerung um ein Bedeutendes, wie es zum Beispiel in der Provinz Mecklenburg der Fall ist. Nichtsdestoweniger ist auf Grund der falschen und schädlichen Einstellung den Umsiedlern als „Flüchtlingen“ gegenüber der Prozentsatz der Umsiedler in den örtlichen Selbstverwaltungsgremien äußerst gering. Dies bezieht sich nicht nur auf die Provinzialverwaltung und Kreisverwaltungen, sondern in erster Linie auf Bauerngemeinden, wo in der Regel in der Verwaltung die ortsansässigen Personen eingesetzt werden. Die Vertreter dieser ortsansässigen Verwaltung begegnen bei weitem nicht immer in objektiver und mitfühlender Weise den Nöten der Umsiedler.

Dieses unzureichende Entgegenkommen der örtlichen Verwaltungen den Umsiedlern gegenüber verhindert das Einschalten dieser Menschen in den Aufbauprozeß und stellt sie vor allen Dingen außerhalb des öffentlichen und politischen Lebens, wodurch eine gewissermaßen künstliche Isolierung von jenen wichtigen politischen Fragen geschaffen wird, die gegenwärtig in Stadt und Land akut sind und die auf eine tatkräftige Demokratisierung des heutigen Deutschlands gerichtet sind.

Die unrichtige Behandlung der Umsiedler als „Flüchtlinge“ bedingt auch den Umstand, daß gewisse Elemente im Dorf sich bemühen, aus den Reihen der Umsiedler Knechte und somit billige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu bekommen. Es sind jene Elemente, die vor dem Kriege die billige Mietsarbeit der Knechte aus den benachbarten und den Balkanländern benutzten, während des Krieges auf grausamste Weise die Arbeit der Kriegsgefangenen und die Zwangsverschleppten ausbeuteten und die

Dr. Herweges 60 Jahre

Der Führer der Christlich-Demokratischen Union in der Provinz Sachsen und 2. Vorsitzender des Zentralvorstandes dieser Partei.

Dr. Herweges
vollendet am 25. Februar 1946 sein 60. Lebensjahr.

Wir Sozialisten übermitteln diesem aufrichten und sachlichen Menschen und Politiker unsere herzlichsten Glückwünsche und verbinden damit die Hoffnung, daß sein seine Tatkraft und Schaffensfreude für den Neuaufbau unseres Vaterlandes durch die Blockparteien noch viele Jahre erhalten bleibt.

Organisationskomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Sachsen

Britische Bomber über Bombay

Neuyork (SNB). In Bombay ist es, dem Neuyorker Rundfunk zufolge, zu neuen Zwischenfällen gekommen. Gruppen von Indern zogen durch die Straßen und setzten Gebäude in Brand. Es kam zu Kämpfen mit der britischen Polizei. Ein höherer Polizeibeamter erklärte, daß die Stadt in Zustand völliger Rebellion herrsche. Britische Bomber kreisen über Bombay. Im Hafen haben die indischen Mannschaften die Kontrolle über 21 Schiffe übernommen.

Karachi (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, ergaben sich nach einem Bombardement von 25 Minuten die auf dem Kriegsschiff „Hindatan“ befindlichen Matrosen. Die Matrosen verließen das Schiff und übergaben ihre Waffen den britischen Streitkräften.

London (SNB). Der britische Rundfunk meldet, daß die Meuterei der indischen Matrosen beendet ist. In Bombay wurden alle

Schiffe, die sich im Besitz der Meuterei befanden, nach Beschuß übergeben. Gleichzeitig wurden weitere britische Verstärkungen in Bombay zusammengezogen. Britische Flugzeuge kreuzten über dem Stadtgebiet.

In Bombay wurden bei den Zwischenfällen insgesamt 60 Personen getötet; die Zahl der Verwundeten überschreitet 600.

FDGB zu den Beschlüssen der Zonenkonferenz

Der Ausschuss der Provinz Sachsen legte die Arbeitspläne für ihre Durchführung fest

Der neugewählte Provinzschuss des FDGB trat zu seiner ersten Tagung zusammen. Die Sitzung wurde vom Kollegen Hermann Röbler geleitet. Nach der Bekanntmachung der Tagesordnung erörterte er zum Kollegen Meisel das Wort. Im Namen des alten Provinzschusses begrüßte Röbler die Aussendung und Entlastung des Ausschusses der Provinz und die in Berlin stattgefundenen Zonenkonferenz. Er führte u. a. aus, daß es jetzt darauf ankommt, die gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Folgende fünf Punkte sind unbedingt zu verwirklichen:

1. die Fortsetzung der Bereinigung der Betriebe;
2. die Schaffung eines einheitlichen Betriebsratsgesetzes;
3. die Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung;
4. die Bildung von Lohn- und Akkordkommissionen in den Betrieben;
5. die Schulungsarbeit für Betriebsräte und Funktionäre, insbesondere der Frauen und Jugendlichen.

Im Arbeitsplan des Provinzschusses sind diese 5 Punkte konkretisiert. Alle Kreis- und Betriebsausschüsse, alle Verbindungsleitungen müssen nun von sich aus im Sinne der gefassten Beschlüsse ihre eigenen Arbeitspläne aufstellen. Die anschließende Diskussion war sehr lebhaft, besonders die Kollegen aus den Betrieben Leuna, Buna und anderen Werken nahmen Stellung zum Punkt 4 und machten Vorschläge wie die Arbeit der Tarif- und Akkordkommissionen zu gestalten sei. Kollege Jäger sprach über das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Verwaltungen und öffentlichen Organen. Er wies besonders auf drei Punkte hin:

1. Die Stellung von Beisitzern für die Arbeitsgerichte.
2. Die Demokratisierung der Industrie, der Handels- und Handwerkskammern.
3. Die neue Sozialversicherung.

Für die Jugend sprach der Genosse Krause und gab den Arbeitsplan der Jugendabteilung des FDGB mit dem Wunsch bekannt, daß der Jugendarbeit von seiten der Gewerkschaftsleitungen und Funktionären die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Wolfram den Kassenbericht und bemerkte anschließend, daß eine Neuregelung der Beitragsätze und Reisespesen für die ganze Provinz erfolgen und eine Revisions- und Beitragskommission geschaffen werden muß. Kollege Wolfram schlug dann vor, über folgende Punkte abzustimmen:

Haussklavinnen für die Nazibonzen

Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg (SNB). Der sowjetische Ankläger, Generalmajor Sorja, legt dem Gericht Beweismaterial über die Deportationen und Sklavenarbeit vor.

In Polen wurden unter der Herrschaft Franks etwa zwei Millionen Menschen zur Sklavenarbeit nach Deutschland ausgehoben. Aushebungen von Sklavenarbeitern erfolgten in allen besetzten Ländern während des ganzen Krieges. Der Einsatz von Sklavenarbeitern aus den Gebieten der Sowjetunion war bereits vor dem Kriege in der berichtigten „Grünen Mappe“ vorgesehen.

Ein Beispiel, welches zeigt, bis zu welchem Grade die Nazipartei an der Organisation der Sklavenarbeit beteiligt war, ist ein Schnellbrief des Reichsarbeitsministers vom 8. September 1942 über den Einsatz von „hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen“. Danach waren Gesuche um eine „Haussklavin“ von den Parteistellen der NSDAP zu bewilligen.

Auch der Anteil der Wehrmacht an der Organisation der Zwangsarbeit und der Deportationen kann nicht mehr bestritten werden. Dem Gericht liegt ein geheimes Schreiben des Oberkommandos des Heeres vom 10. Mai 1942 über die „Anwerbung russischer Arbeitskräfte

für das Reich“ vor. In diesem Brief heißt es: „Es handelt sich um eine Aufgabe von kriegsentscheidender Bedeutung. Die Arbeitslage des Reiches erfordert vordringliche und großzügige Durchführung der angeordneten Maßnahmen. Dies ist allen Stellen zur besonderen Pflicht zu machen.“

Ein Brief Totis vom 28. Juli 1941 drückt aus, daß der Generalfeldmarschall Keitel sein Mißfallen darüber geäußert hat, daß die Unterabteilungen der Organisation Todt im Bezirk von Lemberg den lokalen Arbeitern Löhne bis zu 25 Rubel zahlen. „Herr Keitel protestierte gegen diese „zumenschliche“ Behandlung.“

Ein großer Teil der von den Arbeitsklaven durchgeführten Arbeiten war lebensgefährlich. In einer geheimen Kommandosache Hitlers vom 8. September 1942 heißt es u. a.: „Um ein weiteres Vordringen des nun einmal durchgehenden Gegners zu verhindern, muß in weit höherem Maße als es bisher geschehen ist, zum Ausbau von Riegelstellungen hinter, der Front geschritten werden. Es ist daher aber erst recht unbedingt notwendig, mit rücksichtsloser Energie vorzugehen.“ Kriegsgesangene und die Bevölkerung für diese Aufgaben heranzuziehen.

Dieser Befehl darf schrittlich nur bis zu den Divisionsstäben ausgegeben werden, darüber hinaus ist er nur im Auszug mündlich mitzuteilen, geg. Adolf Hitler.“

Franco bleibt unbelehrbar

Zehn spanische Republikaner hingerichtet Paris (TASS). Der Pariser Rundfunk teilt mit, daß General Franco, trotz der Ermordung der demokratischen Länder, Christiano Carrias und Manuel Rodriguez sowie acht weitere spanische Republikaner hingerichtet liess.

Ein Kommuniqué der Kommunistischen Partei

Paris (SNB). Nach einem Reuterbericht kennzeichnete die französische Kommunistische Partei in einem Kommuniqué die Hinrichtung Christiano Carrias und neun weiterer spanischer Republikaner in Madrid als „Provokation gegenüber den deutschen Nationen und als ein Verleumdung für unser Land, das offiziell seinen Wunsch zur Kenntnis gebracht hatte, daß das Leben der Gefangenen respektiert werden

sollte“. „Die Verfassungsgebende Nationalversammlung der Französischen Republik hat einen feierlichen Protest erhoben, der zur Tat werden sollte“, fährt das Kommuniqué fort. „Es ist keine Minute Zeit zu verlieren. Frankreich sollte diesen Schimpf durch sofortigen Abbruch aller Beziehungen zu dem blutdürstigen Brutsklaven ahnden, der es soeben ins Gesicht geschlagen hat.“

Paris (SNB). Einer Rundfunkmeldung zufolge hat die französische Nationalversammlung auf ihrer letzten Sitzung erneut die Forderung der französischen Nation und des Abbruchs diplomatischen Beziehungen mit Franco- spanien aufgestellt und gegen die Hinrichtung spanischer Republikaner protestiert.

Protest Frankreichs

betreffenden Gegend wohnen. Dies schafft zusätzliche Scherelemente und Unannehmlichkeiten für Menschen, die im Begriff sind, sich ihr zweites Leben aufzubauen.

Es müssen strengste Maßnahmen im Füllen einer nachlässigen, nicht feinfühlig behandelten Mitglieder getroffen werden, in Fällen, in denen verschiedene dunkle Existenzen die Umsiedler auszubuten und zu erpressen suchen. Den Umsiedlern muß an Hand eines ganzen Systems von Maßnahmen die Ueberzeugung verliehen werden, daß sie gleichberechtigte Mitglieder ihrer Gemeinde sind, wie sie ihr neues Heim aufzubauen bemust sind mit allen Rechten und Pflichten, die daraus folgen. Die Umsiedler müssen auf breiter Grundlage zum öffentlichen und politischen Leben herangezogen werden, sie müssen zu wahren Demokraten erzogen werden, um Men-

stehenden Arbeitspläne dienen. Zu den abgelaufenen Kampagnen bemerkte Kollege Dietrich, es gehe nicht an, daß die Berichte zu spät oder gar nicht gegeben werden. Wichtig bei unserer Arbeit ist nicht nur diese selbst, sondern die fortwährende Kontrolle und die Berichterstattung. Unsere Arbeit muß jetzt in allen Betrieben, Wahlkörpern, in den Kreisausschüssen und vor den Funktionären Bericht erstattet werden. In Verbindung damit muß unsere Arbeit, die Aufstellung von Plänen, Betriebsprogrammen usw., erfolgen.

Zur Agitation und Propaganda übergehend stellte Kollege Dietrich fest, daß es unsere Kollegen in einer Reihe von Fällen nicht verstanden haben, unsere Losungen und Forderungen in den Betrieben zu verbreiten. Die Ursachen liegen meistens daran, daß ihnen das politische Fundament fehlt.

Es ist darum notwendig, eine starke Erweiterung unserer Schulungsarbeiten durchzuführen. Wir haben den Kreisen vorgeschlagen, in den Städten und Gemeinden und größeren Betrieben Wochenendkurse und Funktionsschulungen durchzuführen. Die Besten aus diesen Kursen und Schulungen wollen wir dann nach Trebnitz auf die Gewerkschaftsschule schicken.

Bis jetzt ist dieses nicht geschehen, jedenfalls haben wir noch keine Berichte darüber erhalten. Nach den Ausführungen des Kollegen Dietrich entstand eine lebhafte Diskussion. Alle Diskussionsredner waren der Meinung, daß die Arbeitspläne aufgestellt und die Richtlinien durchgeführt werden müssen.

Zum Schluß gab Kollege Röbler bekannt, daß der Provinzschuss am 1. März 1946 und die Beitragskommission unter Hinzuziehung der Kassierer aus Dessau, Magdeburg und Halle am 22. Februar 1946 in Halle tagen.

Der Arbeitsplan des Provinzschusses sieht für die 17. bis 22. Februar die Konstituierung der Kreis- und Zonenkommissionen, die Wahl der neuen Leitungen und die Aufstellung der Arbeitspläne vor. In diesen Plänen soll eine Kampagne festgelegt werden, die bis zum 8. März 1946 abgeschlossen werden soll. Darin werden vorgesehen:

1. Kreisdelegiertenbesprechungen.
2. Durchführung der Berichterstattung in den Betrieben und Wahlkörpern über die Beschlüsse der Provinz- und Zonenkonferenzen und in Verbindung damit,
3. die Aufstellung von Betriebsprogrammen in jedem Betrieb.

Mit der Agitation und Propaganda befassen sich 11 Punkte des Arbeitsplanes. Es wurde festgelegt, daß vom 11. bis 24. März eine Werbekampagne für die Gewerkschaften durchzuführen ist. In 6 Punkten sind die nötigen Vorbereitungen dazu fixiert. In weiteren 6 Punkten wird zu den Fragen der Säuberung der Betriebe, zur Schaffung des Betriebsratsgesetzes, der Sozialversicherung, zur Bildung von Tarif- und Akkordkommissionen, zu den Fragen der Industrie, Handwerkskammern und Aufstellung von Produktionsprogrammen Stellung genommen. Zur Frage der gegenseitigen Hilfe von Stadt und Land werden die nötigen Maßnahmen in vier Punkten festgehalten.

Nun gilt es, alle Beschlüsse, Pläne und Richtlinien in die Tat umzusetzen und zu verwirklichen.

Bekanntmachung 1/46

Betr.: Instandsetzung von Kraftfahrzeugen in der Provinz Sachsen.

Bis zum 1. März 1946 ist die planmäßige Instandsetzung aller in der Provinz Sachsen befindlichen instandsetzungsbedürftigen Kraftfahrzeuge durchzuführen.

Die Besitzer von instandsetzungsbedürftigen Kraftfahrzeugen (Lastkraftwagen und Personenkraftwagen) gleich welcher Antriebsart werden aufgefordert, innerhalb von drei Tagen ihre Kraftfahrzeuge zur Instandsetzung bei einer in der Nähe befindlichen Kraftfahrzeug-Reparatur-Werkstatt anzumelden. Die Kraftfahrzeug-Instandsetzungs-Werkstätten sind auf die Wichtigkeit dieser Aktion bereits hingewiesen.

Alle reparaturbedürftigen Fahrzeuge müssen bis 1. März 1946 fahrbereit gemacht werden, wobei Lastkraftwagen an erster Stelle instandzusetzen sind. Die Kraftfahrzeughalter haben sich von den Reparatur-Werkstätten eine Bescheinigung über die Notwendigkeit der Reparatur ausstellen zu lassen. Bei Reparaturen in eigener Werkstatt ist an den zuständigen Straßenverkehrsbehörden eine entsprechende eidesstattliche Erklärung abzugeben. Eine Bescheinigung ist auch dann erforderlich, wenn es sich nicht um eine Reparatur, sondern um die Beibringung der Fahrerbescheinigung infolge fehlender Zubehörsgegenstände wie Reifen, Akkumulatoren usw. handelt.

Die Fahrzeugpapiere von fahrbereitgemachten nicht einsatzfähiger, reparaturbedürftiger Fahrzeuge werden bis zur Einsatzfähigkeit der Fahrzeuge einbehalten. Die bestätigte Reparaturbescheinigung gilt für diese Zeit als Besitznachweis.

Reparaturbedürftige Kraftfahrzeuge, über die eine Reparaturanmeldung innerhalb von drei Tagen nicht vorliegt, verfallen der Beschlagnahme.

Der Präsident der Provinz Sachsen
Direktion
für Kraftverkehr und Straßenwesen.

Montgomery zurückgekehrt

London (SNB) Wie der Londoner Rundfunk mitteilt, ist Feldmarschall Montgomery gestern abend aus Bern in sein britisches Hauptquartier in Deutschland zurückgekehrt. Er hatte sich drei Wochen in der Schweiz aufgehalten, um sich von den Folgen einer Grippe zu erholen.

Verlag und Druck: Volkswirtschaftliche Dienstleistungsgesellschaft, Halle, G. Braunstr. 16/17 Tel. Sa.-Nr. 7691, Chiffrecode: Hugo Saupé. Anschrift der Redaktion: Volkswirtschaftliche Dienstleistungsgesellschaft, Halle, G. Braunstr. 16/17, Telefon 7691 und 2460 Redaktionschluss 22 Uhr.

„Aber die Masse fällt auf in die Waage, was eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie lehrt.“
Karl Marx: Inaugural-Adresse

DIE EINHEIT

„Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm an, als auf das, was sie tut.“
Friedrich Engels
Brief zum Gothaer Programm

Organ des Organisations-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Sachsen

Tragende Kraft der Erneuerung

Einheit der Arbeiterklasse

Von Max Fechner

Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD
Zwei Monate sind seit der bedeutsamen Entschließung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD im Verein mit den Bezirksvertretern beider Parteien am 21. Dezember 1945 vergangen. Mit dieser einmütigen angenommenen Erklärung der Schützigerkonferenz in Berlin hatte der Einigungswille den breiten Massen der Arbeiterklasse eine greifbare Gestalt bekommen. Die zweite Phase der Einigung war erreicht. In den zurückliegenden Monaten war diese Berliner Entschließung Gegenstand lebhafter und umfassender Erörterungen in der Mitgliedschaft beider Parteien.

Es ist unverkennbar, daß in der hinter uns liegenden Zeit der Wille zur organisatorischen Einheit beider Arbeiterparteien nicht nur auf der Mitgliedschaft der Parteien, sondern auch in der breiten Masse der Werktätigen allgemein stärker und fordernder geworden ist. In unzähligen Parteiversammlungen, in den Kreisen und Bezirken, besonders aber auch in den Kundgebungen der Gewerkschaften wurden Resolutionen gefaßt, die den überwiegenden Mehrheit der Wille zur Einheit klar zum Ausdruck kommt. Fast täglich wurden dem Zentralausschuß die Ergebnisse der Erörterungen über die Einheitsfrage aus der Provinz, aus Thüringen, Sachsen usw. zugesandt, aus denen nicht nur zu erkennen war, daß die Einigungswilligen in den Kreisen verstanden und beglückwünscht wurden, sondern in denen die Forderung an den Zentralausschuß gestellt wurde, namentlich die Vorbereitung zur endgültigen Vereinigung beider Arbeiterparteien zu treffen und danach zu handeln.

Es ist zweifellos, daß dieser eindeutige Wille zur Einheit der Arbeiterklasse mit das Ergebnis der geistigen und ideologischen Klärung in den Reihen beider Parteien ist. Auch hat die erfolgreiche gemeinsame Aufbauarbeit in der antifaschistischen Aktionseinheit dazu beigetragen, daß heute die Forderung nach der Vereinigung so energisch aus den Reihen der Genossen gestellt wird.

Aber auch die Entwicklung in der Gesamtwelt in Deutschland während der letzten Monate hat manchem bisher noch zweifelnden Arbeiter die Augen darüber geöffnet, welche Kräfte am Werk sind und welche Gefahr für die Arbeiterklasse besteht, wenn sie die einzige Waffe nicht benutzt, die ihr im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus zur Verfügung steht: nämlich ihre Einigkeit. Ob es die Wahlen im Westen Deutschlands sind, ob es die erlaubten monarchisch-reaktionären Parteibildungen sind, ob es sich um Zeitungen handelt, die aus durchsichtigen Gründen das Einigungswerk mit allen Mitteln zu sabotieren suchen, oder um Versuche auf die versteckten und getarnten Versuche der Großkapitalisten bezieht, dort wieder zur Macht zu kommen, wo ihnen noch Spielraum geblieben ist — aus alledem hat die Arbeiterklasse richtig erkannt, daß es bei einer solchen politischen Entwicklung lebensnotwendig ist, die Front für die politische Erneuerung unseres politischen und staatlichen Lebens auf dem Boden der Demokratie so stark wie nur möglich zu machen.

Aber noch eine politische Entwicklung in den hinter uns liegenden Monaten erklärt die gebieterische Forderung nach organisatorischer Vervollendung des Einigungswerkes der Arbeiterklasse. Ich meine die mehr oder weniger schon jetzt sich abzeichnenden Bestrebungen, die staatliche und wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu untergraben. Volkerverderbende Kräfte versuchen, aus der Zonenaufteilung Deutschlands für sich Kapital zu schlagen. Aus persönlicher Ehrgeiz oder landsmannschaftlicher Engherzigkeit, aus dynastischer Hausmachtspolitik oder konfessionellen Sonderwünschen erwacht der Einheits Deutschlands im Separatismus und Partikularismus eine lebensbedrohende Gefahr. Wir wissen, daß die Zonen wohl notwendig, aber vorübergehende Verwaltungseinheiten der Siegermächte sind. Bleiben aber wird Deutschland, und gesichert werden muß die staatliche und wirtschaftliche Einheit. In diesem Willen zur Einheit Deutschlands ist die deutsche Arbeiterklasse einmütig und geschlossen. Die Einheit Deutschlands aber ist erst gesichert durch die Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

Aus all den Gründen haben wir in der Einheitsfrage den Entwicklungspunkt jetzt erreicht, in dem über die Notwendigkeit der Einigkeit in der Arbeiterklasse keine Zweifel mehr bestehen und nicht mehr diskutiert werden brauchen. Gemäß dem demokratischen Grundsatz wird in den nächsten Wochen die Mitgliedschaft beider Parteien über die letzte Phase der Einigung, den organisatorischen Zusammenschluß, selbst entscheiden. Der in gemeinsamen Besprechungen beider Parteileitungen erarbeitete Programmentwurf für die zukünftige Sozialistische Partei Deutschlands wird in den beiden zentralen Körperschaften Gegenstand eingehender Beratungen sein. Der von den beiden Parteileitungen genehmigte Programmentwurf wird dann mit den Bezirksvertretern nochmals daraufhin geprüft werden, ob diese aufgestellten politischen Richtlinien und Forderungen der Einheitspartei der Mitglied-

Die Münchener Betriebe für Einheit

An Dr. Schumacher

Der „Bayerischen Volkstimme“ entnehmen wir folgende bedeutsamen Kundgebungen und Entschließungen von Belegschaften Münchener Großbetriebe:

„Die Belegschaft der Firma Waggonfabrik Rathgeber, München-Mosach, bekundete in einer Betriebsversammlung den Willen zu einer Einigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien. Sie sieht in dieser Einigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei den ersten Schritt zum Wiederaufbau Deutschlands. Nur eine einigte Arbeiterchaft ist imstande, die Wiederholung einer faschistischen Diktatur zu verhindern.“

Der Betriebsrat der Firma Waggonfabrik Jos. Rathgeber AG, München-Mosach.“

„Die Belegschaft der Firma Kraus-Maffei AG, München-Allach, bekundete durch nachfolgende Unterschriften den Willen zu einer Einigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien. Sie erblickt in dieser Einigung die beste Gewähr für eine endgültige Beseitigung von nazistischen Einflüssen.“

Der Betriebsrat der Firma Kraus-Maffei AG, München-Allach, für die Belegschaft.“
Es folgen 506 Unterschriften.“

„Wir Arbeiter und Angestellte der Firma Siemens & Halske, AG, München, Hofmannstraße 51, schließen uns der bereits abgegangene-

nen Resolution des Betriebsrats und der Vertrauensleute an und fordern von der Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei, alles nur mögliche zu tun, um die Einheitsfront der beiden großen sozialistischen Arbeiterparteien herbeizuführen.“

Betriebsrat Siemens & Halske, AG, Werk München. Für die Belegschaft:
Es folgen 585 Unterschriften.“

„Die Betriebsbehoörden der Reichspostdirektion München fordern die Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien, die längst ersuchte Einheitsfront.“

Die Aktionsgemeinschaft der SPD und KPD Es folgen die Unterschriften von 55 Betriebsbeholdern der Reichspost.“

Wir haben in der letzten Zeit wiederholt recht Unfreundliches aus Bayern berichten und offenen Nazisten mit. Die obigen Berichte zeigen, daß es auch ein anderes, ein demokratisches Bayern gibt. Die Arbeiter Bayern geben die Garantie, daß in Bayern die Reaktion nicht triumphieren und Bayern an der Gestaltung der demokratischen deutschen Republik mitwirken wird. Die Einheit der Arbeiterklasse sichert die Einheit des Deutschen Reiches und der deutschen Nation.

Einheitsfront im Kreis Wernigerode

In den letzten Wochen wurden in der Stadt Wernigerode wie auch in vielen Ortschaften des Kreises gemeinsame Mitgliederversammlungen der SPD und KPD abgehalten, in der Redner beider Parteien über den Zusammenschluß der Arbeiterschaft sprachen. Diese Arbeit land nun ihren Abschluß und ihre Verwirklichung in einer stark besuchten Konferenz der Funktionäre beider Parteien aus dem Unterbezirk Wernigerode.

Folgende Entschließung wurde dabei angenommen:

„Während des ersten Weltkrieges spaltete sich die Arbeiterbewegung in verschiedene Parteien aus. Die Spaltung wirkte sich verhängnisvoll aus und hat wesentlich dazu beigetragen, daß der Faschismus an die Macht gelangen konnte. So wurden getrennt die verschiedenen Flügel der Arbeiterbewegung geschlagen. Aus dieser Erkenntnis heraus, fühlen wir uns verpflichtet, die Einheit der Arbeiterbewegung und damit die erhöhte Schlagkraft herzustellen. Die Sicherung des Friedens wird damit am besten garantiert. Würde es uns nicht gelingen, die Einheitspartei zu schaffen, so würde die Reaktion erneut triumphieren. Deshalb beschließen die

Funktionäre der SPD und KPD ein Organisationskomitee der Sozialistischen Einheitspartei zu bilden.

Genosse Karl Glanzel wird als 1. Vorsitzender, Genosse Wilhelm Oberdick als sein Stellvertreter benannt. Dem Organisationskomitee gehören weitere folgende Mitglieder an: Schillack, Neumann, Willecke, Knobbe, Falkenbach, Willecke, Käthe, Bartels, Matscheroh, Gödecke, Navroth, Loops, Wesche, Annemarie. Das Organisationskomitee führt die organisatorischen Vorbereitungen für den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien durch und gewährleistet ihre engste Zusammenarbeit. Die Beschlüsse des Organisationskomitees sind für beide Parteien bindend. Gegner der Einheitspartei und Intriganten gegen ihre Bildung werden aus unseren Reihen ausgeschlossen und sind als Feinde des schaffenden deutschen Volkes zu betrachten.“

Außerdem wurden zur Durchführung der Arbeiten noch Unterkommissionen gewählt. In den einzelnen Ortschaften des Kreises soll nach gleichem Plan die Arbeit für die baldige organisatorische Vereinigung beider Parteien sofort aufgenommen werden.

Gemeinsame Schulungsabende

Wittenberg. Am Donnerstag jeder Woche treffen sich die Genossen der KPD und SPD im Sitzungssaal des Rathauses zu gemeinschaftlichen Schulungsstunden. Diese Abende erfreuen sich eines immer stärker werdenden Besuches und geben damit den Beweis für die sich ausweitende Interesse der Arbeiterbewegung für die Einheit der Sozialistischen Einheitspartei vereint zu sein. Genosse Schröder (SPD) spricht zur Zeit in den Schulungsabenden über das Kommunistische Manifest und versteht es durch seine besonders klare Auslegung und Verständlichmachung des Themas seine Zuhörer zu interessieren.

Barnstädt. In einer öffentlichen Versammlung, zu der beide Arbeiterparteien eingeladen hatten, wurde der Zusammenschluß eingehend diskutiert. Gewerkschaftssekretär Heilmann hielt ein Referat, das der Einheit der Arbeiterbewegung große Nachdruck verlieh. Die Genossen Feicht und Stiehemesser, die beide verlangten: Der diesjährige 1. Mai muß der Welt zeigen, daß das deutsche Volk einheitslichen Willens ist, das Seinige am Wiederaufbau beizutragen.

schaff als Vorschlag unterbreitet werden können. In den Mitgliederversammlungen beider Parteien, die getrennt durchzuführen sind, wird dann dieser Programmwurf diskutiert und werden die Delegierten für die Bezirksparteitage gewählt werden. Auf den getrennt durchzuführenden Bezirksparteitage beider Parteien werden die Delegierten die Stellungnahme ihrer Wähler vertreten und über das Programm der Einheitspartei beraten. Am Ende dieser nach demokratischem Prinzip sich vollziehenden Willenskundgebung der Mitglieder beider Parteien steht der getrennt durchzuführende Parteitag. Zu diesem Parteitag werden nicht nur Vertreter der sächsischen Zone, sondern auch Vertreter des Westens eingeladen. Auf dem Einigungsparteitag beider Parteien wird dann

Plessa. Auch in unserem Ort werden, wie in der ersten gemeinsamen Versammlung beschlossen wurde, gemeinsame Schulungsabende abgehalten. Die erste derartige Veranstaltung fand am Freitag im Werksgasthof statt.

Wie diese gemeinsamen Schulungsabende besucht, dort viel Neues und erhalt das geistige Rüstzeug, das ihn als überzeugten Sozialisten in die Lage versetzt, auch richtig denken und diskutieren zu können. Kein Genosse sollte die Gelegenheit versäumen hier sein politisches Wissen aufzufrischen zu lassen.

Merseburg. Die Einheit ist die Kraft des einen glücklichen Zukunft Deutschlands. In dieser Erkenntnis wurde in einer am 19. Februar stattgefundenen Sitzung der Kreisfunktionäre beider Arbeiterparteien des Kreises Merseburg ein Organisationskomitee für die Sozialistische Einheitspartei gebildet. Es besteht aus zwölf Genossen beider Parteien. Dieses Komitee ist die leitende Instanz, seine Beschlüsse und Anordnungen sind für beide Parteien bindend. Es wurden zehn Kommissionen für die verschiedenen Referate gebildet.

Das Einigungswerk vollendet werden. Die neue sozialistische Einheitspartei Deutschlands stellt eine politische Tat von größtem Ausmaß dar. Der unselbige Bürgerkrieg, der fast drei Jahrzehnte die Arbeiterklasse in der gefährlichsten Entwicklungsphase des imperialistischen Kapitalismus so unheilvoll entmachtete, ist beendet.

Es wird eine Kraft, ein Lebenswille, eine einmütige Dynamik von dieser neuen, jungen und geeinten deutschen Arbeiterbewegung ausgehen, daß sie über die Zonengrenzen hinaus zur tragenden Kraft der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erneuerung Deutschlands werden wird.

Das ist der Wille der deutschen Arbeiterklasse!

In dem Münchener Informationsblatt der KPD vom 18. Januar 1946 veröffentlichte Genosse KZJ die folgende Briefe an Dr. K. Schumacher: „Schumacher, der Parteivorsitzende der SPD in den westlichen Zonen und ist von allen Seiten einer starken Kritik ausgesetzt, weil er sich in zahlreichen Versammlungen unter Verletzung des Willens der großen Masse der Arbeiter gegen die Einheit der Arbeiterklasse ausgesprochen hat.“

Wir ehemaligen politischen Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau haben mit Befremden Deine Erklärung in der Frankfurter Konferenz der SPD zur Kenntnis genommen. Kannst Du Dich vielleicht nicht mehr erinnern, daß es die Einheitsfront der Antifaschisten war, die vielen unserer besten Kameraden die Kraft gegeben hat, all das Schwere im KZ in der letzten Gewölbe eines frohen und glücklichen Zukunft ohne Parteibüro zu ertragen? Hast Du Flossenbürg vergessen? Hast Du vergessen die Zeichen wunderbarer und erhebender Kameradschaft, als wir 1940 nach Dachau zurückkamen, nicht mehr menscheneleich? Waren es nicht Kommunisten, die Tag für Tag Dein Blut gemacht haben? Waren es nicht Kommunisten, die ohne die Frage der Parteizugehörigkeit zu stellen, als Du schwerkrank und dem Erblinden nahe im Revier lagst, Dich mit aufopferungsvoller Liebe pflegten? Waren es nicht auch Kommunisten, die sich den letzten Bissen vom Munde sparten, die alles in Bewegung setzten und jede Gefahr der Bestrafung auf sich nahmen, nur um Dir Gutes zu erweisen? Und wir können uns noch gut erinnern, Kurt, daß Du in verschiedenen Diskussionen zugegeben hast, daß auch von der Sozialdemokratie Fehler gemacht wurden; und weißt Du noch, des Sonntags, als wir drei Stunden die Loostraße auf und ab gingen und zum Schluß das Gelächris ablegten, in der Zukunft nur einer Sache zu dienen? Und diese Sache heißt die Einheit des Proletariats. Und es waren nicht Direktiven auswärtiger Mächte, die uns damals im Konzentrationslager den Weg gezeigt haben zur Bildung der antifaschistischen Einheit. Daß unsere Arbeit für Deutschland die richtige war, sahen uns die Stimmen aller europäischen eingekerkerten Antifaschisten. An uns liegt es, der Welt zu beweisen, daß es zwischen uns keine Gegensätze geben darf, der Vernichtung der Ueberreste mittelalterlicher Barbarei. An uns liegt es, der Welt und unserem Volk zu zeigen, daß wir gemeinsam fähig sind, wiederaufzubauen. An uns liegt es, der Welt und unserem Volk zu zeigen, daß wir durch die Einheit der Arbeiterklasse die Einheit des unser Volk zu Frieden und sozialem Wohlstand zu führen.

München, im Januar 1946.
Kaltenmacher, Hans, Heimerstraße 26/3.
Wart, Ludwig, Gieselerstraße 28.
Keller, Matthias, Astenstraße 16/0.
Baumann, August, Wessobrunner Straße 41/1.
Frey, Karl, Ismaninger Straße 19.
Gebler, Roman, Miesbach, Oberer Markt 24.

920 Organisationskomitees

Berlin (SNB). In allen Provinzen der sowjetischen Besatzungszone wird der Gedanke des Zusammenschlusses beider Arbeiterparteien als die große, die Zukunft der Arbeiterschaft und damit des Staates treibende Idee lebhaft erörtert und seine praktische Verwirklichung vorbereitet. Bis zum 21. Februar wurden fünf Provinz-Organisationskomitees gebildet. Am gleichen Stichtag zählte man 74 Kreis-, 26 Stadt- und 820 untere Organisationskomitees. In Berlin bestehen 4 Kreis- und 12 Bezirks-Organisationskomitees.

Schwern. Eine gemeinsame Versammlung der Genossen der SPD und KPD des Volksrichterbezuges beschloß die Vereinigung zu einer gemeinsamen Betriebsgruppe.

Piesteritz. Im „Volkshelm“ fand die erste erweiterte Sitzung der Funktionäre beider Arbeiterparteien statt, um den Weg auch hier für die neue Einheitspartei zu ebnen. Die Mitgliederlisten beider Parteien werden gegenseitig ausgetauscht. Zur Sammlung für Umsiedler wurde mitgeteilt, daß die gesammelten Gegenstände noch am Orte sind. Genosse Flemming (SPD) veranlagte von allen Mitgliedern eine persönliche Mitarbeit in allen Angelegenheiten. Die Gen. Schöne und Schubert (KPD) nahmen zu verschiedenen Fragen Stellung. Dann sprach ausführlich Bürgermeister Gen. Lorbeer über die Gemeindeverwaltung und damit zusammenhängende Fragen. Auch der stellvertretende Bürgermeister Kunz sprach zu diesem Thema. Es darf gesagt werden, daß auch diese Aussprache viel dazu beigetragen hat, die gegenseitige Achtung zu steigern und die besten Aussichten für eine glückliche Weiterentwicklung zur Einheitspartei zu schaffen. Recht gute Beispiele, wie man Gewerkschaften ihr trauriges Gewerbe legen kann, gab Gen. Wonneberg (SPD). In der Diskussion traten mehrere Genossen für die baldige Verwirklichung der Einheit ein.



400 Jahre Staatliche Luther-Schule Eisenbo

In einer Feierstunde gedachte die Schulgemeinde der Staatlichen Luther-Schule in Eisenbo den 400. Wiederkehr des Gründungstages ihrer Bildungsgeschichte. Die Feier wurde eingeleitet durch ein Orgelspiel des Kantors Göring (Pränum und Poggendorf) unter Leitung des Organisten, der Leiter der Schule, Studienrat Dr. Zeutschel, die Anwesenden mit herzlichen Worten, während ein Schüler die Bedeutung des 16. Februar durch Verlesung einer Stelle aus dem neuen Lutherischen Vertrag vom 16. Februar 1546 unterrichtete.

Es folgten weitere Luther-Worte, die sich auf die Schule und Erziehung bezogen und das „Halleische Konsortium“ von Holländer, der im Auftrag des erkrankten Bezirkspräsidenten Dr. Berger erschienen war, der Anstalt die Grüße und Glückwünsche der Bezirksverwaltung und des Präsidenten aus. Er zog Vergleiche zwischen dem Erziehungsideal der früheren Jahrhunderte und der Bildung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und betonte, nur die wirklich besten Erfahrungen der Vergangenheit sind der Erziehung müßten befolgt werden. Das Bildungsideal in heutiger Zeit müsse so lebensnah wie nur möglich und auf die Zukunft unseres Volkes ausgerichtet sein. Dieser Aufgabe könne nur die Staatliche Luther-Schule einen wesentlichen Anteil haben.

Dann hielt Studienrat Dr. Gutbier die Festansprache, in der er einleitend in großen Zügen einen Rückblick auf die reiche Geschichte der Luther-Schule gab. Der Vortragende hob die starke Verbundenheit mit dem einheimischen Bergbau und der Industrie hervor. Eine Darstellung der Schulgeschichte wird durch spätere Drucklegung auch weiterer Kreise zugänglich gemacht werden.

Die Gedenktafel fand mit der „Suite für Streichorchester“ von J. H. Schein bei der außer Schülern auch zwei Lehrer der Anstalt mitwirkten. Ihren Abschied, die für eine größere Gemeinschaft geplante Feier der 400jährigen Bestehens der Staatlichen Luther-Schule wird im Verlaufe der Lutherwoche im Juni dieses Jahres stattfinden.

Umsiedler-Ausschuß in Weifenfels

Auch in Weifenfels wurde ein Umsiedler-Ausschuß geschaffen. Aus Umsiedlern, die sich hierher abremantieren, wurde ein stielmaliger Ausschuß zusammengestellt. Vielmal wöchentlich sind Sprechstunden, in denen die Umsiedler in wirtschaftlicher Hinsicht beraten und betreut werden. Insbesondere die Neuerrichtung handwerksmäßiger und industrieller Gewerbe, die für die Herstellung von Mangelware in Frage kommen, wird unterstützt. Durch die tatkräftige Mithilfe aller zuständigen Stellen konnten bereits Erfolge erzielt werden.

Kein Gänsefeld in die Planel

Vor 1933 betrug in Deutschland der Bestand an ausgewachsenen Gänsen rund 5 600 000; etwa 27 000 Tonne Gänsefleisch und -fett konnten der Ernährungswirtschaft aus eigener Erzeugung zur Verfügung gestellt werden. Im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrisis wurde der wirtschaftlichen Geflügelzucht durch die Nazis mühen auf besondere Anordnung viele Zuchtställe abgeschaltet. Die wenigen noch vorhandenen Zuchtgefügelbestände reichen bei weitem nicht aus, den Bedarf an Geflügel zu decken. Darum ist es dringend nötig, über durchschnittliche Leistungen herauszuheben, besonders bei den Gänsen, die die besten Fleisch- und Fettleistungen unter dem Geflügel sind.

Es darf kein bruttaugliches Gänsefeld in der Wirtschaft verbräutet werden. Ueberzählige Gänsefelder gehören in die Spezialbetrieue für Wassergeflügel. Kein angebrütetes Gänsegelege darf verkommen, wenn die Brutgans das Gelege vor dem Schlupf verläßt. Für die verlassenen Gänsebruten herauszuheben, die Spezialbetrieue zuverlässige Brutanlagen Tag und Nacht zur Verfügung.

Wenn jeder Geflügelzüchter und Geflügelhalter diese Mahnung beachtet, so erreichen wir bald wieder den alten Gänsebestand und damit eine wesentliche Verbesserung in der Fleisch- und Fettversorgung für alle Schichten unseres Volkes.

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

Geschrieben im Jahre 1907

18. Fortsetzung

„Still!“ hieß es auf einmal an verschiedenen Stellen. Und in der Nähe erlöste Rybins gleichmäßige Stimm:

Nicht wegen der einen Kopeke müssen wir standhaft bleiben, sondern wegen der Gerechtigkeit! Uns ist nicht die Kopeke wertvoll — sie ist nicht runder als die anderen, aber sie ist schwerer — es klebt mehr Schweiß und Blut daran als an dem Rubel des Direktors, jawohl! Und nicht die Kopeke, sondern unser Blut und die Wahrheit, jawohl!

Seine Worte wirkten auf die Menge und tiefen leidenschaftliche Ausrufe hervor.

„Das stimmt, Rybin!“

„Hast recht, Gießer!“

„Wassow dat!“

Den lauten Maschinenlärm, das schwere Zischen des Dampfes und das Schwirren der Treibriemen überdönd, flossen die Stimmen in brausendem Wirbel zusammen. Von allen Seiten kamen Leute gelaufen, die sich gestikulierend unterhielten und sich gegenseitig mit leidenschaftlichen, beifühenden Worten aufhetzten. Die Erregung, die stets in der Brust dieser müden Menschen schlummerte, erwachte, suchte einen Ausweg, floß trippelnd durch die Luft, breitete ihre dunklen Schwingen immer weiter aus, packte die Menschen immer fester um sich, ließ sie gegeneinander, verwandelte sie in feurige bösartige Wesen. Ueber der Menge schwebte eine Wolke von Ruß und Staub, die schweißbedeckten Gesichter brannten, und die Haut an den Wangen weinte schwarze Tränen. In den dunklen Gesichtern funkelten die Augen, blitzten die Zähne.

„Stör ihn nicht!“ erlönten halblaut zwei Rufe von verschiedenen Stellen.

In den rauchgeschwärtzen Gesichtern wurden müßtrausch und finster die Brauen gerunzelt. Dutzende von Augenpaaren blickten Pawel ernsthaft und nachdenklich ins Gesicht.

„Ein Sozialist, aber kein Dummkopf!“ bemerkte jemand.

„Der hat aber Mut!“ meinte ein großer, gekrümmter Arbeiter und stieß die Mutter gegen die Schulter.

„Es ist Zeit, Genossen, daß alle einsehen, daß niemand uns hilft, als wir selbst. Biner für alle, alle für einen! Daran müssen wir festhalten, wenn wir den Feind bezwingen wollen.“

„Der Mann hat recht, Leute!“ rief Machotin. Dann holte er weit mit dem Arm aus und schüttelte die Faust in der Luft.

„Wir müssen den Direktor rufen!“ fuhr Pawel fort.

Das fuß wie ein Wirbelwind in die Menge. Sie wogte hin und her, und Dutzende von Stimmen riefen auf einmal:

„Her mit dem Direktor!“

„Wir wollen eine Abordnung schicken!“

Die Mutter schob sich weiter vorwärts und blieb von unten strotzend auf ihren Schen. Pawel stand zwischen zwei alten, angesehenen Arbeitern, alle hörten ihm zu und stimmten ihm bei. Ihr Gefel, daß er nicht zornig war und nicht schalt, wie die andern.

Wie Hagelkörner auf Eisenblech prasselten aberessene Ausrufe und Schimpfworte herüber. Pawel sah von oben auf ihren Sohn unter und suchte mit weit geöffneten Augen jemand unter ihnen.

„Eine Abordnung!“

„Sisow!“

„Wlassow!“

„Jawohl! Der hat Haare auf den Zähnen!“

Pöflich erklangen halblaute Rufe in der Menge.

Städtebau bei der Arbeit

Handwerk, Industrie und Technik im Zeichen der neuen Zeit

Mit dem Beginn des Frühjahres setzt in Halberstadt eine rege Bautätigkeit ein, die zu den größten Aufgaben gehört, die jemals an die Stadt und die benachbarten Kreise des Nordharzes gestellt wurden. Wie kürzlich berichtet, sind auch die freischaffenden Architekten der Umgebung aufgegrufen worden, an der landschaftspolitischen Formgebung der neuen Baukörper mitzuwirken.

Jeder altertümliche Stil gehört in die Motenkiste. Halberstadt soll aus dem Geist der neuen Zeit aufgebaut werden. Das sind die Grundsätze, die über die städtebauliche Durchgestaltung des neuen Stadtbildes beim Stadtbauamt festgelegt sind.

Während die Schuttbreie abgetragen wurden und man die Baustellen vorbereitete, legten die Architekten die neuen Fluchtlinien auf dem Papier fest. Jetzt ist es nach vielen organisatorischen Vorarbeiten, die mit dem Bauprogramm für 1946 dem Neuaufbau der Hauptgeschäftsstraße „Breiter Weg“ begonnen werden kann. Hierfür werden noch die Vorschläge der interessierten Architekten der Kreise Halberstadt, Wernigerode, Aschersleben, Blankenburg und Quedlinburg gesucht. Der ausgeschriebene Wettbewerb fordert die

Darstellung der Gestaltung des gesamten Straßennetzes unter Einbeziehung der Märkte um die Martinikirche und die Straßeneinmündung am „Breiten Tor“.

Im Sinne des zeitgerechten Bauens sind für alle anersprechenden Geschäfte rückwärts Zubringerstraßen vorgesehen, so daß die lange Vorderfront der Schaufenster und Läden nicht durch häßliche Toreinfahrten unterbrochen wird. Ebenso zweckmäßig sollen später die übrigen neu aufzubauenden Straßen angeordnet werden, und geller, die sich nicht an dem anderen als geschlossenen Großbaustelle, die gleichzeitig die Einrichtung der Hauptversorgungsleitungen mit umfaßt.

Während diese Projekte bis zu ihrer Durchführung noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, gewinnt der Aufbau des „Breiten Weg“ immer festere Formen. Mit der Beteiligung der Vorleistungsbauern sind Städtebauern gewordenen Architekten, reifen gleichzeitig die praktischen Maßnahmen des Bauhandwerks und der Industrie. Hunderte von Mauern, Zimmerleuten, Bauschlossern, Tischlern, Glasern und Malern haben sich daher zu einem Großheer zu rüsten, wie er vielleicht bis jetzt noch nie gesehen wurde.

Das Fürsorgewesen in Wittenberg

Aus dem Chaos, mit dem der Nazirkrieg geendet hat, muß ein neues demokratisches Deutschland entstehen. Es wird auch entstehen, aber alle müssen mit ehrlichem Willen helfen, ganz gleich, wo heute der Arbeitsplatz ist. Es muß gelingen, alle einer nützlichen Beschäftigung zuzuführen. Wer in der Sozialen Fürsorge steht — wir sprechen hier vom Fürsorgeamt Wittenberg —, der weiß am besten, welche Unsumme Arbeit die vergangenen sieben Monate gemacht habe. Besonders die ersten Monate waren wohl die schwersten. Die Tätigkeit des Fürsorgeamtes erstreckte sich auf rund 20 700 Personen. In Vormundschaftsachen hatte das Amt auch eine größere Arbeit zu leisten. Bearbeitet wurden 624 Fälle im Berichtsjahe 1945. Neu hinzugekommen sind 103 Vormundschafts- und Pflegschaften.

Als erfolgreiches Zeichen gilt die Hilfsbereitschaft der Stadtbevölkerung in der Aufnahme von Pflegekindern. Auch die Betreuung und Unterbringung elternloser und den Eltern abhanden gekommener Kinder von Umsiedlern konnte erfolgreich durchgeführt werden.

Nicht unerwähnt sei auch der ausgedehnte Schriftverkehr mit andern Aemtern (z. B. mit

der Landesversicherung) und die vielen Anträge auf Erteilung des Armenrechts. In fünf städtischen Kindergärten wurden 400 Kinder, im Umsiedlerheim 38 elternlose Kinder betreut.

Ferner hat am 1. September 1945 die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte ihre praktische Arbeit begonnen. Auch diese Stelle hatte eine besondere Fürsorge in mehreren hundert Fällen zu leisten. Dasselbe gilt für die Gesundheitsstelle. Die vier Stadtwestern sind unermüdet tätig; sie machten 1728 Hausbesuche, davon waren 725 Krankenpflegen.

Erfolgreich war auch die Arbeit der Dienststelle „Opfer des Faschismus“, desgleichen die Nachforschungen nach Vermissten. Die Arbeit der Fürsorgestelle, die Berufsvermittlung, die Wohnungs- und Möbelbeschaffung usw. Alles in allem war die Arbeit des Fürsorgeamtes in den sieben Monaten nach Kriegsende bis Schluß 1945 sehr schwer. Da sie aber getragen ist von dem ehrlichen Willen, mitzuheilen am Aufbau des zerschundenen und dabei auch der Hilfsbereitschaft der wittenbergschen Bevölkerung zu stehen, war diese Arbeit eine erfolgreiche. HÖ.

Oberröblingen berichtet:

Mit vereinter Kraft am Aufbau

Aus einem interessanten Bericht über die Aufbauarbeit in den Riebeck-Montan-Werken Oberröblingen. Abba u. E. d. o. r. i., erwähnen wir folgendes: Der Zusammenbruch der Naziherrschaft hinterließ auch auf dieser Arbeitsstätte ein großes Chaos. Von den 700 Beschäftigten waren etwa 90 Proz. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die mit dem Kriegsende die Arbeit einstellen, so daß im Abraum Eisdorf ein Stillstand eintrat. Es dauerte aber nicht lang, bis sich wieder eine kleine deutsche antifaschistische Arbeiter, die in bescheidenem Maße die Produktion wieder in Gang brachten. Anfang Juni schon wurde der Betriebsrat gewählt, der unter Führung des bewährten Genossen O. Hörhold steht. Er erkannte die vorordentlichsten Arbeiten: Neuordnung in der Werkstatt, Generalreparatur an Bagger und Gabel-Überholung fast sämtlicher E-Maschinen. Das war die Vorbereitung zu jeder Produktion. Aber es kam noch eines hinzu: An allen Arbeitsplätzen fehlten die Fachkräfte. Da zeigte wieder der Betriebsrat den festen Willen zur Tat: Er sorgte dafür, daß das Amt der Arbeit die benötigten Kräfte zuwies.

Nun ging es mit vereinter Kraft an die Arbeit, denn jeder wußte, daß die Kohle das Hauptprodukt unserer Provinz ist, und der Abraum Eisdorf gilt als ein wichtiges Glied in der Arbeitsgemeinschaft.

Die moderne Technik bedingt heute große Förderung. Daher mußte bald eine neue Kohlenbahn fertiggestellt werden. Geplant war ferner der Bau einer Abraumbahn. Auch diese konnte im September in Angriff genommen werden. Weichen wurden, ein Absetzer neu montiert. Auch ein großer moderner Bagger wird in Kürze noch montiert werden.

In sozialer Hinsicht hat der Betriebsrat alles getan, was in seinen Kräften stand, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. So erhielt die Belegschaft einige Male Genütmittel, vor allem aber auch Kleidungsstücke und Schuhe, die den Witterungsbedingungen standhalten können. Am Schluß des Jahres 1945 erhielt jedes Mitglied der Belegschaft einen vollen Monatslohn oder den entsprechenden Anteil als Weihnachts-spende ausbezahlt. Daß bei aller praktischen Arbeit auch die gewerkschaftliche Neuordnung nicht unterblieb, ist für die Montanarbeiter

Sangerhäuser Nachrichten

Sangerhausen spielt Kinder und Umsiedler

Die allgemeine Versorgungslage des Kreises Sangerhausen mit bewirtschafteten Lebensmitteln kann als befriedigend betrachtet werden. Schwierigkeiten, die sich durch die Transportlage ergaben, wurden behoben, nicht zuletzt durch die Initiative der Abteilung Handel und Versorgung.

Für die im Kreis eingesetzten Holzarbeiter konnten zwar Arbeitsuche beschafft werden, doch braucht noch eine Anzahl von Umsiedlern dringende Textilien und Schuhe.

Erfreulicherweise war es möglich, im Januar für 1000 bedürftige Schulkinde eine zusätzliche Speisung durchzuführen. Sie soll nach Möglichkeit den Februar und März hindurch weiterlaufen. Die Volkküche versorgt täglich 500 Personen, meistens Umsiedler und Werkstätige, denen wegen Fehlens einer Kochgelegenheit oder wegen ihrer Arbeit die Herstellung einer warmen Mahlzeit nicht möglich ist. Die Einrichtung hat sich bestens bewährt.

Aus der Stadt: Das Städtische Wohnungsmat hat sich in den letzten Wochen eingehend mit der Beschaffung von Wohnräumen für die acht Monate in Sangerhausen stationierten Volkshörer befaßt. Der Erfolg dieser Arbeit, bei der die Bevölkerung der Behörde bereitwillig entgegenkam, ist 340 Quartiere.

Die antifaschistische Jugend veranstaltete am vergangenen Sonntag im „Herrenkrug“ ein buntes Maskentreiben, dessen Ringkampf dem Hilfswerk der Provinz Sachsen zugute kommen soll.

Marktröhlitz beteiligt sich am Aufbau

In einer Funktionärsitzung sprach der Vorsitzende der SPD und gab einen Bericht über die bisher geleistete Arbeit. Er stiel fest, daß in die kurzen Zeitspanne des Bestehens des Ortsvereins bereits viel geschafft wurde. Im Zeichen des Aufbaues für Volk und Heimat beschlossen dann die Funktionäre einstimmig, mitzuarbeiten an der Schaffung der großen Einheitspartei aller Arbeiter. — Die Bodenreform wurde in Marktröhlitz restlos durchgeführt, und es wurde durch eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die unter der Leitung des Genossen Frest steht. In einer Sitzung wurde beschlossen, zur Sicherung der Ernte des Jahres 1946 gemeinschaftlich mit den Neu- und Kleinbauern auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten.

Belgen

Aus der stattgefundenen Antifa-Sitzung ist zu erahnen, daß den früher beschlossenen Turnus gemäß jetzt Genosse A. A. (SPD) den Vorsitz führt. Zur Verhandlung kamen ein Bericht des Antifa-Frauenausschusses über den Besuch des Flüchtlingslagers, ferner die Hinfektion für die Umsiedler und die verschiedenen Eingänge (KFD), die auf verschiedene Fragen Auskunft gab, wurde vom Bürgermeister der Lagerverwaltung das Zeugnis ausgestellt, seine Pflichten erfüllt zu haben. Die Aktion in der Antifa-Sitzung hat sich als befriedigend ergeben. Nach den gegebenen Anregungen sollen die eingegangenen Barmittel in Abstufungen für Mietkosten, für Möbel und Hausrat etc. eingesetzt werden, um die Umsiedler zu unterstützen. Mit diesen Vorschlägen ging der Ausschuß der Antifa-Partei einig. EWS.

Preisch (Elo)

Genosse Conrad sprach im Verlaufe einer Versammlung über aktuelle Tagesfragen. Er betonte, daß die Funktionäre der beiden Arbeiterparteien in enger Zusammenarbeit stehen, um die Aufgaben zu lösen, die sich durch den Zuzug von Umsiedlern ergeben haben. Im Hinblick auf die großen Ereignisse in der Politik, so betonte der Redner, gelte es die Einheitsbestrebungen der beiden Arbeiterparteien gemäß den Richtlinien der zentralen Instanzen im Auge zu behalten und zu verwirklichen und dafür zu sorgen, daß Reaktion, Nazismus und Militarismus niemals wieder ihr Haupt erheben können.

selbstverständlich. Große Erfolge sind in der Werbung für den FDGB zu verzeichnen. Alle Organisationsarbeiten und die Delegiertenwahlen stehen im Zeichen eines harmonischen Zusammengehens der beiden Arbeiterparteien. Ko

Dort, wo Ssow und Machotin standen, er-schienen Pawel, und jetzt erklang sein Ruf:

„Genossen!“

Die Mutter sah, daß sein Gesicht blaß war, und die Lippen zitterten; sie bewegte sich unwillkürlich vorwärts und stieß die Menge beiseite. Aergerlich rief man ihr zu:

„Was drängst du dich vor!“

Man stieß sie, aber das hinderte die Mutter nicht, die Menschen mit Schultern und Ellbogen beiseite zu dräng; sie schob sich langsam näher an den Sohn heran, nur vom Wunsch getrieben, neben ihm zu stehen.

Indem Pawel das Wort aus seinem Innern herauscheuerte, in das er einen tiefen wichtigen Sinn legte, fühlte er, daß ein Freudenkampf über den bevorstehenden Streit ihm festsetzte, wenn er die Hand ergriff der Menschen sein Herz hinzuwerfen, das vom Feuer des Wahrheitstrahles erfaßt war.

„Genossen!“ wiederholte er und schöpfe aus diesem Worte Kraft und Begeisterung.

„Wir sind die Leute, die Kirchen und Fabriken haben, die uns in den Händen halten. Wir sind die lebendige Kraft, die alle von der Wiege bis zum Grab ernährt und erfreut.“

„So ist es!“ rief Rybin.

„Wir sind stets und überall die ersten bei der Arbeit und stehen im Leben auf dem letzten Platz. Wer kümmert sich um uns? Wert tut uns Gutes? Wer sieht Menschen in uns? Niemand!“

„Niemand!“ hallte wie ein Echo eine Stimme zurück.

Pawel hatte sich jetzt in der Gewalt. Er begann fester und ruhiger zu reden, die Menge bewegte sich langsam an ihn heran, verengte sich zu einem dunklen, tausendköpfigen Körper. Sie blickte ihm mit hundert aufmerk-samen Augen ins Gesicht, trank gierig seine Worte.

„Uns wird niemals ein besseres Los zuteil, solange wir uns nicht als Genossen, als eine einzige Gemeinschaft bilden, die nur den Wunsch hat, den Kampf um unser Recht aufzunehmen!“

„Zur Sache!“ rief grob jemand neben der Mutter.

„Stör ihn nicht!“ erlönten halblaut zwei Rufe von verschiedenen Stellen.

In den rauchgeschwärtzen Gesichtern wurden müßtrausch und finster die Brauen gerunzelt. Dutzende von Augenpaaren blickten Pawel ernsthaft und nachdenklich ins Gesicht.

„Ein Sozialist, aber kein Dummkopf!“ bemerkte jemand.

„Der hat aber Mut!“ meinte ein großer, gekrümmter Arbeiter und stieß die Mutter gegen die Schulter.

„Es ist Zeit, Genossen, daß alle einsehen, daß niemand uns hilft, als wir selbst. Biner für alle, alle für einen! Daran müssen wir festhalten, wenn wir den Feind bezwingen wollen.“

„Der Mann hat recht, Leute!“ rief Machotin. Dann holte er weit mit dem Arm aus und schüttelte die Faust in der Luft.

„Wir müssen den Direktor rufen!“ fuhr Pawel fort.

Das fuß wie ein Wirbelwind in die Menge. Sie wogte hin und her, und Dutzende von Stimmen riefen auf einmal:

„Her mit dem Direktor!“

„Wir wollen eine Abordnung schicken!“

Die Mutter schob sich weiter vorwärts und blieb von unten strotzend auf ihren Schen. Pawel stand zwischen zwei alten, angesehenen Arbeitern, alle hörten ihm zu und stimmten ihm bei. Ihr Gefel, daß er nicht zornig war und nicht schalt, wie die andern.

Wie Hagelkörner auf Eisenblech prasselten aberessene Ausrufe und Schimpfworte herüber. Pawel sah von oben auf ihren Sohn unter und suchte mit weit geöffneten Augen jemand unter ihnen.

„Eine Abordnung!“

„Sisow!“

„Wlassow!“

„Jawohl! Der hat Haare auf den Zähnen!“

Pöflich erklangen halblaute Rufe in der Menge.

Neue FDGB-Kreisleitung

Tagung des Kreis Ausschusses des FDGB Halle
Am 20. Februar fand die erste Tagung des neugewählten Kreis Ausschusses des FDGB in Halle statt.

Nach einer lebhaften Diskussion gab der Kollege Wetter in den Kassenbericht und gab der Hofnung Ausdruck, dass der 1. Mai zum Geburtstag der Sozialistischen Einheitspartei werde.

Bindung des Einzelhändlers an seinen bisherigen Großhändler. Das Amt für Handel und Versorgung teilt mit: Der Einzelhändler wird für die Weitergabe der Empfangsbescheinigungen über Voranmeldung für den Monat März an den Großhändler gebunden.

Die Spinnstoff- und Schuhwaren-Einzelhandels-Geschäfte haben am 28. Februar eine Warebestandsaufnahme zu fertigen.

Luthers letzte Fahrt

In Halle durch Saalehochwasser verzögert
Zum 400. Todestage des großen Reformators Dr. Martin Luther sei noch folgende historische Tatsache zur Kenntnis unserer Leser gebracht: Als Vermittler der Schiedsrichter, die anstrengtlichen der Grafen Mansfeld hatte Luther eine besondere Aufgabe.

In einer Tagung der Vorsitzenden der Frauenausschüsse sowie der Kreis- und Bezirksreferentinnen am Sonnabend und Sonntag im 'Volkspark' in Halle wurde in grundsätzlichen Ausführungen des Präsidenten der Provinz Sachsen, Dr. Hübener, des Präsidialdirektors O. Halle und der Vorsitzenden der Frauenausschüsse der Provinz Sachsen, Martha Brautsch, die Stellung der deutschen Frau im neuen demokratischen Leben unseres V. lkes unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Provinz Sachsen klar umrissen.

Präsident Dr. Hübener

zeichnete in seiner einleitenden Rede Weg und Richtung der Frauenarbeit auf. Nach immer sei vielen von uns nach der Dunkelheit der vergangenen zwölf Jahre der Blick getrübt, manches durch den Nebel verhangen, den eine trügerische Propaganda mit vollem Bewußtsein ausgestreut hat.

Überall da, wo gleiche Leistung von Männern und Frauen verrichtet wird, muß auch gleicher Lohn möglich sein.

Präsidialdirektor O. Halle und die Vorsitzende des Frauenausschusses der Provinz Sachsen, Martha Brautsch, nahmen im Anschluß Stellung zu dem gleichen Problem. Die Veröffentlichung dieser beiden Referate erfolgt in der morgigen Ausgabe.

Frauen berichten über ihre Arbeit

Am Sonntagvormittag wurde die Konferenz fortgesetzt. Nach der Eröffnung gab Genossin Schöffert einen Ueberblick über Aufgaben. Sie verwies auf die Maßnahmen der praktischen Durchführung und gab Hinweise der organisatorischen Form aller Arbeit.

Aus dem Gerichtssaal

Gegenliebe macht Diebe

Lebensmittelschleiber vor Gericht
Vor dem Stadtgericht Halle wurde am Freitag und Sonnabend gegen eine ganze Gruppe von Lebensmittelschleibern verhandelt, die Lebensmittel- und Urlauberkarten, die durch falsche Stempel mit einem 'Gültigkeitsvermerk' versehen worden waren, in gewissenlosen Weise zu Wucherpreisen verkauft oder gegen bezugsbeschränkte Waren eingetauscht hatten.

Bei den Angeklagten handelt es sich um die 16jährigen Harry Becker aus Ammendorf, der als 'spiritus rector' anzusehen ist.

Ferner richtete sich die Anklage gegen den 17jährigen Franz Tintel, den 16jährigen Rolf Hoffmann, den 31jährigen Erich Schäfer, den 30jährigen Otto Wiedau, den 30jährigen Helmut Koge, den 37jährigen Ernst Raute, den 29jährigen Georg Schand, den 30jährigen Eugen Lentze, den 26jährigen Werner Jeskula, den 34jährigen Walter Jähne, den 26jährigen Henry Hausik und die 26jährige Edith Seibt, sämtlich aus Halle.

Der Tatbestand der Anklage war folgender: Im Juli vorigen Jahres wurden vom Landratsamt des Saalkreises größere Mengen von Urlauberkarten und Reiselebensmittellisten zum Einstampfen in die Papierfabrik Ammendorf gebracht. Durch unsachgemäße Lagerung gelang es dem Harry Becker, große Mengen dieser Karten an sich zu bringen. Die gestohlenen Karten berechtigten zum Bezug von nicht weniger als dreißig Zentner Butter, fünfzig Zentner Nahrungsmittel, 10.000 Stück Bier, fünfzig Zentner Brot, zwanzig Zentner Mar-

Im Mittelpunkt des zweiten Teiles der Konferenz standen die Berichte und Hinweise für die künftige Tätigkeit. Eine Reihe Vertreterinnen nahm das Wort, um über Bishergeleistes zu sprechen. Es wurden Anregungen gegeben, die geeignet sind, auch in anderen Kreisen Aufgaben in gleicher Weise zu lösen. Stärkste Betonung fand die Notwendigkeit, breitere erzieherische Arbeit in der Jugend zu leisten.

Bei der großen Zahl beschäftigter Frauen in Magdeburg entstand ein besonderes Problem in der Unterbringung der Kinder. Der Frauenrat mobilisierte die großen Betriebe, die in der Umgebung sind, um die Kinder in mehrere Betriebe haben die Patschaft für einen Kindergarten gemeinsam übernommen. Kleinste Betriebe spenden laufend Beiträge zum Unterhalt oder der Errichtung anderer Kindergärten.

garine, vierzig Zentner Käse und zweihundert Liter Milch. B. brachte diese Lebensmittellisten in seiner Aktenmappe nach Hause und setzte dann die Karten in verschiedenen Cafés in Umlauf. Die anderen Angeklagten, Tintel, Hoffmann, Schäfer, Kowatz und Kowatz, haben Becker größere Mengen von Karten ab und zahlten hierfür hohe Preise, zum Teil geben sie auch wertvolle bezugsbeschränkte Waren hin, die B. wiederum zu Wucherpreisen verkaufte.

Das Gericht warf folgende Strafen aus: Die drei Jugendlichen Harry Becker, Franz Tintel und Rolf Hoffmann wurden zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt und unter Schutzauflage gestellt. Ein Teil der Angeklagten erhielt Gefängnisstrafen. Erich Schäfer zwei Jahre, Otto Wiedau ein Jahr und Georg Schmöd zwei Monate Gefängnis. Ferner erhielten Gefängnisstrafen die Edith Seibt, und zwei 2 Jahre Monate, Jähne 1 Jahr 6 Monate, Koge 9 Monate sowie Lentze und Hausik je 8 Monate.

Wetterbericht: Frostverschärfung

Weiterlage: Das Tief über der Ostsee fällt sich auf. Auf seiner Rückseite wird ein kaltes Luftmassen in unser Gebiet ein. Nach kurzer Welterberuhigung kommt es erneut zu starker Wolkenbildung.

Vorhersage, gültig bis 28. Februar, abends: Nach weiterer Beruhigung am Tage mäßig wollig, nach vorüberziehender Schneehaut, Temperaturen nachts bis -6 Grad absinkend, am Tage auf über Null ansteigend. Schwache bis mäßige Winde aus westlichen Richtungen.

Aussichten für die nächsten Tage: Weiter unbeständig bei Frostverschärfung. - SA, 26. Februar 7.04, SU, 26. Februar 17.45, MA, 26. Februar 4.02, MU, 26. Februar 11.45 Uhr.

großen Betrieben durchgeführt. Es bewährte sich, Bezugsgutscheine auszugeben, die durch den Frauenausschuss bezahlt werden. Frauen konnten schnell in den Arbeitsprozess gebracht werden, indem sie bei einem Meister als Sattler, Maler, Tischler oder Gärtner angelernt wurden. Das Arbeitsamt hat diese Initiative begrüßt.

Die Bezirksreferentin von Halle-Merseburg sprach über die Schulung der Ausschussfrauen. In einem abschließenden Referat faßte die Genossin Brautsch noch einmal zusammen, was als Resultat der Konferenz gelten kann. Sie appellierte an Referentinnen und Vertreterinnen, eine noch größere Aktivität in der Erfassung aller Schichten der Frauen zu entfalten. Nach dem Referat wurde der Vorstand des Provinzial-Frauenausschusses bestätigt. Der Gesang des Liedes 'Wenn wir schreiten Seit an Seit' beschloß die anregende und arbeitsreiche Konferenz.

Über 2600 Medizinstudenten

In der sowjetischen Besatzungszone

Am 15. Februar zählten die Medizinischen Fakultäten von Berlin, Jena und Leipzig 1755 Hörer. Als erste eröffnete im Dezember vorigen Jahres die Medizinische Fakultät der Johann-Universität in Jena begonnen die Vorlesungen in Berlin, im Februar in der Leipziger Universität. In den nächsten Tagen wird die Medizinische Fakultät in Greifswald und in den ersten Märztagen die der Universität Halle die Arbeit aufnehmen. Insgesamt sind über 2655 Studenten in der sowjetischen Besatzungszone dem medizinischen Studium widmen.

Für alle Medizinischen Fakultäten sind einheitliche Lehrpläne durch die Deutsche Verwaltung für das Gesundheitswesen aufgestellt und durch die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland bestätigt. Dieser Plan zielt auf die Ausbildung von tüchtigen Fachkräften hin. Er ist auf 11 Semester entworfen (gegenüber den früheren 10 - berechnet). (SNB).

Ilse Meudtner

Die Tanzmanie Ilse Meudtners im Steintor-Variete hat wiederum vor einem vollbesetzten Hausen das Publikum verblüffelt. Ilse Meudtner repräsentiert eine Klasse für sich. Es ist geradezu bewundernswert, wie bei ihren Tänzen jede Note irgendeiner rhythmischen Ausdrucksform findet. Nicht nur in der rein körperlichen Ausdrucksform, sondern auch in Spiel jedes einzelnen Muskels. Alles was in ihrer ersten Tanzserie 'Das himmlische Orchester' trefflich zu beobachten. Diese Tanzrepräsentationen gewissermaßen die absolute Form des Tanzes in dem Sinne, wie sich unsere großen Komponisten unterscheiden von den Musikern, die sich auf dem Gebiete der Unterhaltungsmusik betätigen. Wenn diese Tänze nicht den starken Beifall fanden, wie die folgenden Darbietungen, die in ihrer Form dem allgemeinen Verständnis mehr entgegenkamen, so ist das ohne weiteres verständlich. Eben diese Tänze schenken in das Schauspielische hineinbrachten, was der Erfolg von vornherein gesichert. Dies bezieht sich insbesondere auf 'Die Wut über den verlorenen Groschen', in der nach Beethoven gestellt wurde. In der Tanzserie 'Der Zirkus kommt' war es 'Der Clown', der einen besonders tiefen Eindruck hinterließ. Gewissmassen die Zusammenfassung all der glänzenden Fähigkeiten, über die Ilse Meudtner verfügt, war eine Zugabe, die dann auch nochmals wiederholt werden mußte. 'Der Fliegenpilz'. Diese Darstellungen sind schlechthin als klassisch zu bezeichnen.

Es ist nicht zu verwundern, daß Ilse Meudtner immer wieder volle Häuser hat.

Händel - Meister aller Meister

Zur Feierstunde im Chaliatheater zum 261. Geburtstag S. F. Händels

Wenn der Genius Beethovens solche Worte über Händel in seinen Gesprächen äußerte, dann soll es uns, die wir in Händels Geburtsstadt leben und daher die Verantwortung für die Pflege seines Andenkens und seiner unvergänglichen Werke tragen, eine heilige Mahnung und Verpflichtung sein. Es darf nicht sein, daß der größte Sohn unserer Stadt nur im Ausland bekannt und berühmt ist und nur dort gelebt wird.

Es mag eine Zeit gegeben haben, da Händels Werke bei uns in Vergessenheit geraten waren und erst nach und nach durch die 'Händel-Renaissance', eine von dem Göttinger Forscher O. Harnisch 1920 ins Leben gerufene Bewegung, wieder entdeckt wurden. Besonders die heutige Zeit, in der auch die Musik vor neuen Aufgaben steht, muß sich der Größe Händels und seiner schöpferischen Kraft unbedingt bewußt sein. Es gibt noch so manche der von den Komponisten des Meisters der Meister wenig oder nicht viel kennt; ja, manche lehnte ihn als altmodisch ab.

Der konzertante 'Händel-Abend' der Städtischen Bühnen am Sonnabend im Chaliatheater im Andenken an die Wiederkehr des 261. Geburtstages des Komponisten brachte in anerkennenswerter Weise Werke des Meisters zur Aufführung. Die drei Händelkennner und den Außenstehenden entzückten und begeisterten. Nach dem Concerto grosso Op. 3 Nr. 5, gespielt vom Städtischen Orchester unter der meisterhaften und ausgleichenden Stabführung von Hanns Epstein, erklang die Verherrlichung der Macht der Musik. Eine Steigerung des musikalischen Effektes bis zum Höhepunkt des Finals ließ die Zuhörer mit und ließ dadurch erkennen, daß die Werke Händels den heutigen

Menschen genau so tief ansprechen, wie vor 200 Jahren. Carl Roth-Böhmsch (Sopran), Werner Schimmel (Tenor) und der verstärkte Chor des Stadttheaters trugen durch besondere Leistung zum Gelingen bei.

Den Abschluß des Abends bildete die Tanzsuite 'Tersichore'. Für manchen Besucher mag diese tänzerische Suite, dargebracht durch die überaus lebendige Gestaltungskraft der Tanzgruppe unter der Führung der begabten Marlies Grünberg, etwas Unerwartetes gewesen sein. Denn wer hätte in Händel diese menschlich-keiteren Züge erwartet. Allen beteiligten Künstlern, die in Erkenntnis der Verantwortung am Gelingen dieses unvergesslichen Händel-Abends ihr Bestes geben, wurde stürmischer Beifall gesendet, und die Vorhänge waren nicht mehr zu zählen. King

Brief über 'Ingeborg'

'Sehr geehrter Herr Intendant! Ich bin einer von denen, die immer wieder - weil man es muß - betonen, unter welchen Schwierigkeiten im augenblicklichen Zeitgeschehen Sie, Herr Intendant, das Spielplan der Städtischen Bühnen Halle überdenken und überarbeiten müssen. Sie haben, Herr Intendant, nachdem unter das verlorene Theaterwegen der nazistischen Zeit der Schuldstrich gezogen werden konnte, und nachdem die russische Administration uns den Weg für das Theater wieder freimachte, die Verantwortung einer ungenügenden Steuerkraft die Stadt Halle und die Einwohner jetzt schon zu danken. Unverkennbar haben Sie aber die Gestaltung ihres Spielplans ihre abwägende, kluge und kulturell sorgende Hand

gebreitet. Ob Oper, Operette, Schauspiel oder Lustspiel.

Nun haben Sie, Herr Intendant, zu Curt Goetz 'Ingeborg' zurückgegriffen. Das Lustspiel wurde gestern im August-Bebel-Haus aufgeführt. Und mit Erfolg! Es wurde am Schluß des Stückes viel Beifall geklatscht. Jeder Darsteller hat seinen Anteil an der gelungenen Aufführung. Ich möchte hier nur ein Wort sagen, das die geringste Missen lassen. (Ueber den Verfasser Curt Goetz steht alles Wissenswerte im Programmheft.)

Und nun bedenken Sie, Herr Intendant: Curt Goetz hat seine 'Ingeborg' im Jahre 1921 geschrieben. Das Lustspiel hatte damals einen großen Erfolg. Es geriet dann in eine Zeit hinein, in der man Not und Elend des ersten Weltkrieges und Krieges herauf wieder vergessen wollte. Die Welt des Großkapitals sondern sich, die Welt des Arbeiters dagegen verdunkelte sich.

Was hat das mit Ingeborg zu tun, der Frau, die zwei Männer liebt und den einen mit dem anderen betrügt oder betrügen will? Schlichtlich ist das Theater 'Theater' nicht, doch! Und deshalb schreibe ich diesen Brief, Herr Intendant! Nicht weil ich etwa das Problem der Liebe einer Frau zu zwei Männern zu lösen vermag. (Curt Goetz hat es im übrigen selbst nicht gelöst, sondern er ist aus der Sackgasse mit dieser 'Ingeborg' ausgeht. Absolut nicht! Die Hochfinanz mit Blankoschecks gelöst.) Nein! Lassen wir das Problem. Bedenken wir vielmehr eins: Einer der verbrecherischsten Kriege der deutschen Geschichte ist zu Ende. Millionen von Menschen wurden von der Erde weggeführt! Die nichtsnutzigen Hitler-Kreaturen haben in ihrem Wahnsinn Millionen von Men-

schon um ihr Hab und Gut gebracht, haben Millionen Obdachlose hinterlassen, haben Deutschland in namenloses Elend gestürzt. Das wissen Sie, Herr Intendant, genau so gut wie ich. Und deshalb glaube ich, daß uns die Atmosphäre, die um 'Ingeborg' herum angeht, trotz aller allgegenwärtigen Schwierigkeiten eines Curt Goetz! Dieser Humor ist erkünstelt und diese Eleganz ist verlossen. Beides zerstört uns nicht - angesichts des um die Zukunft schwer ringenden Menschen.

Ich weiß, Herr Intendant, daß 'Ingeborg' zur Zeit über mehrere deutsche Bühnen läuft. Das schließt nicht aus daß man in Halle anderer Auffassung ist.

Ich weiß, es gibt noch kein zeitnahes Lustspiel. Aber es gibt zeitlose, und auch solche, die für das August-Bebel-Haus geeignet sind. 'Kein Zweifel: 'Ingeborg' wird man sich um seiner flotten Darstellung willen gern ansehen aber das Innen des Menschen geht dabei realere Wege. Und Illusionen kann ich nur die Operette erlauben! Jedemfalls für 'Ingeborg' spricht zur Zeit - nicht die Zeit!

Das, Herr Intendant, ist mein Gedankengang, den ich Ihnen darlegen wollte. Ob ich damit als einzelner daseste, weiß ich nicht.

Ist es nötig, Ihnen nochmals zu sagen, daß die Aufführung gut war? Sie war mit einem ungeheuren Schwund inszeniert und es wurde leidenschaftlich und impulsiv gespielt!

Gemeinhin Sie, Herr Intendant, auch weiterhin meine Hochachtung für Ihre mühevollen Arbeit! C. J.

München (SNB). Wie der Pariser Rundfunk berichtet, wurden in Salzburg-Hohenbrunn in der Nähe der österreichischen Grenze 1000 Gemälde gefunden, die von den Nazis gestohlen worden waren. Unter ihnen befindet sich das berühmte Gemälde von Rubens 'Das fünfte Gericht'. Sie wurden nach München gebracht, von wo aus sie an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden.

